PRESSE- UND INFORMATIONSAMT DER BUNDESREGIERUNG
PRESSEMITTEILUNG NR.: 163/10

Staatsministerin Maria Böhmer: „Zuwanderer müssen ihre Fähigkeiten verstärkt einbringen können“

Do, 06.05.2010

Vor dem heutigen Bund-Länder-Spitzengespräch zum Ärztemangel hat Staatsministerin Maria Böhmer dazu aufgerufen, verstärkt auf die Fähigkeiten von ausländischen Medizinern zurückzugreifen, die bereits in Deutschland zu Hause sind.

"Die Situation ist paradox: Einerseits beklagen wir einen Ärztemangel insbesondere in ländlichen Regionen. Andererseits bekommen hochqualifizierte Mediziner aus Zuwandererfamilien keine Chance, ihre Qualifikation einzubringen, weil sie in Deutschland keine Approbation erhalten. Viele von ihnen müssen sich deshalb mit einer Stelle als Pflegekraft begnügen. Das ist eine Verschwendung von Ressourcen, die sich unser Land auf Dauer nicht leisten kann", betonte Staatsministerin Maria Böhmer.

"Wir brauchen die zugewanderten Ärztinnen und Ärzte dringend in ihren erlernten Berufen. Deshalb fordere ich: Wer in Deutschland einen Abschluss in einem akademischen Heilberuf erlangt hat, muss sich bei uns approbieren können. Und zwar unabhängig von seiner Herkunft. Allein die Qualifikation und das Können zählen! " so die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung. Zur Zeit erhalten nur Deutsche oder EU-Bürger in Deutschland eine Approbation. Selbst dann, wenn vom ersten Semester bis zum Staatsexamen eine Qualifikation als Mediziner in Deutschland nachgewiesen werden kann.

"Außer Ärzten können auch viele andere zugewanderte Fachkräfte ihr Know-How nicht unter Beweis stellen. Sie fühlen sich um ihre Ausbildung betrogen, weil ihr im Ausland erworbener Abschluss in Deutschland nicht anerkannt wird. Deshalb muss die gesetzliche Regelung für Anerkennungsverfahren schnellstmöglichst erarbeitet werden. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren. Unser Land muss dringend auf die Qualifikationen der Zuwanderer zurückgreifen können, um den Fachkräftemangel auszugleichen. Und die Betroffenen sollen sich endlich in vollem Umfang anerkannt fühlen können- beruflich und gesellschaftlich", betonte Böhmer.

Quelle:
Presse- und Informationsamt der
Bundesregierung
E-Mail: InternetPost@bundesregierung.de
Internet: http://www.bundesregierung.de/
Dorotheenstr. 84
D-10117 Berlin
Telefon: 03018 272 - 0
Telefax: 03018 272 - 2555